



ZUNEHMEND MESSERATTACKEN, ABER STAAT ENTWAFFNET BÜRGER

Und wer entwaffnet die Messerstecher?

Von LUP0 | Das Messer sitzt neuerdings locker in Deutschland. Menschen werden damit am helllichten Tag und auf offener Straße ins Jenseits befördert, meist unverhofft, aus nichtigem Anlass, angeblich verletzter Ehre oder nicht gezeigtem „Respekt“. Das Messer ist über Nacht seit Merkels Grenzöffnung zum Droh-Symbol von einströmenden Menschen geworden, die „wertvoller als Gold“ (Martin Schulz) sind.

Die gastgebende Gesellschaft ist gegenüber der neuen Brutalität mental und physisch völlig hilflos und wird dazu noch vom Staat, der sie beschützen soll, systematisch entwaffnet.

Dazu passt, wenn jetzt das Niedersächsische Innenministerium stolz verkündet, dass bisher im Rahmen einer erneuten Amnestieregelung, die noch bis 1. Juli gilt, insgesamt 4.343 Schusswaffen abgegeben wurden, dazu noch 443 sonstige Waffen wie etwa Hieb- und Stichwaffen plus 83.000 Schuss Munition.

Anlass für die erste Aktion 2009 war der Amoklauf von Winnenden in Baden-Württemberg, bei dem ein 17 Jahre alter Jugendlicher 15 Menschen erschoss. Damals wurden über 26.000

Waffen in Niedersachsen freiwillig abgegeben.

Unzählige Messerangriffe

Inzwischen häuften sich bedrohlich Messermorde neben einer Vielzahl weiterer Messerattacken in Deutschland durch Zuwanderer, die zwar als „Einzelfälle“ deklariert werden, die aber längst als Serie eingestuft werden müssen, wie PI-NEWS berichtete. Wir ersparen uns an dieser Stelle eine komplette Aufzählung darüber, wie in Deutschland „gemessert“ wird. Ein Klick bei Google zu „Messerattacken“ hilft hier weiter. Nur drei Fälle:

- In Hildesheim jagte ein junger „Orientaler“ einem Richter, der mit dem Rad nach Hause fuhr, rücklings einen Krumdolch in den Rücken, „um ihn dem Himmel zuzuführen“. Der Jurist hatte statt Allah einen Schutzengel und überlebte mit Glück.
- In Kandel zermesserte ein angeblich 15-jähriger Migrant den Kopfbereich eines 15jährigen Mädchens, das ihm den Laufpass gegeben hatte. Das Mädchen hatte keine Chance.
- In Lünen stach ein 15-jähriger mutmaßlicher Muslim mit Migrationshintergrund einen 14jährigen Mitschüler im Schulflur vom Leben zum Tode, weil dieser sich durch „provozierende Blicke“ gestört fühlte.

Erstaunlicherweise hört man von den verantwortlichen Politikern kein Wort darüber, nun mit einem Waffenentzug bei den überwiegend muslimischen Tatverdächtigen zu reagieren. Dabei brennt die Hütte. Niemand weiß, ob und wer von den zwei Millionen überwiegend muslimischen und jungen Zuwanderern alles eine Hieb- oder Stichwaffe bei sich trägt und sie einsetzt. Und niemand weiß, ob und wann mit zunehmender Aufenthaltsdauer aus Messern schlussendlich Schusswaffen und Schlimmeres werden. Politiker und Gutmenschen schweigen und lassen leiden. Mit der lediglichen Erfassung von Messerattacken in der Polizeistatistik ist es nicht getan.

Konsequenzen für die, „die schon länger hier leben“

Stattdessen werden „die, die schon länger hier leben“ mit „Zuckerbrot und Peitsche“ verfolgt. Verschärfte Waffengesetze, flankiert durch Amnestieregelungen, soll die indigene Bevölkerung offenbar so unter Druck setzen und weich klopfen, dass diese sich am Ende nicht mal mehr mit einem Stock als Verteidigung aus dem Haus traut, ohne Gefahr zu laufen, ggf. mit harten Strafen sanktioniert zu werden. Zusätzlich werden reichlich Nebelkerzen geworfen und Ablenkungsmanöver gestartet. So geraten zunehmend sog. „Reichsbürger“ ins Visier der niedersächsischen Polizei. Laut Erlass besitzen diese nicht die erforderliche Zuverlässigkeit für eine waffenrechtliche Erlaubnis, wenn sie als „Reichsbürger“ einzuordnen sind. Konsequenzen hatte das noch nicht, meldet der NDR.

Wie sehr die Deutschen angesichts der neuen Bedrohung verunsichert sind, zeigt eine gegenläufige Entwicklung zu ihrer staatsgewollten Entwaffnung: die Kaufzahlen für legale Knall- und Gaspistolen schießen in die Höhe, und die Fachgeschäfte melden mancherorts Lieferschwierigkeiten beim Hundeabwehrspray.